

UWG:

Bleker, Werner	sachk. Bürger/in
Ebbing, Brigitte	stv. Ausschussvorsitzende WWBA
Schäpers, Klemens	sachk. Bürger/in

Bündnis 90/DIE GRÜNEN:

Becker, Maja	
Martsch, Christina	Stellv. für Stv. Schlüter
Wingerter, Sigrid	

Fraktionsloses Mitglied:

Nitsche, Bastian
Westermann, Hartwig

Verwaltungsmitarbeiter/in:

Schulze Hessing, Mechtild, Bürgermeisterin
Nießing, Norbert, 1. Beigeordneter der Stadt Borken
Kuhlmann, Jürgen, Techn. Beigeordneter
Beckmann, Christoph, Fachbereichsleiter
Lask, Markus, Fachbereichsleiter
Rottstegge, Josef
Bone, Christine
Mertens, Maria
Rohring, Larissa

Schriftführer/in:

Kaß, Matthias
Mertens, Maria

Es fehlen entschuldigt:**CDU:**

Aehling, Bernadette
Klöpffer, Hendrik
Nikolov, Nico

SPD:

Eggern, Dieter	
Schär, Dieter	sachk. Bürger/in

Bündnis 90/DIE GRÜNEN:

Martsch, Siegfried	
Schlüter, Pascal	sachk. Bürger/in

Abgewickelte Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
Umwelt- und Planungsausschuss, Wasserwirtschaftswegebau-Ausschuss
- 2 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner
Umwelt- und Planungsausschuss, Wasserwirtschaftswegebau-Ausschuss
- 3 Satzungsänderungsverfahren zur Einziehung eines unbefestigten
Wirtschaftsweges, Ergebnisse der Offenlegung und Vorbereitung des
Satzungsbeschlusses
Vorlage: V 2017/301
Umwelt- und Planungsausschuss, Wasserwirtschaftswegebau-Ausschuss
- 4 Wirtschaftswegebau und -unterhaltung, Finanzierung 2018 ff.
Vorlage: V 2017/302
Umwelt- und Planungsausschuss, Wasserwirtschaftswegebau-Ausschuss
- 5 Mitteilungen der Verwaltung
Umwelt- und Planungsausschuss, Wasserwirtschaftswegebau-Ausschuss
- 6 Anfragen an die Verwaltung
Umwelt- und Planungsausschuss, Wasserwirtschaftswegebau-Ausschuss

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Wasserwirtschaftswegebau-Ausschuss

Vorsitzender Börger begrüßt die Anwesenden und stellt fest, dass die Einladung form- und fristgerecht erfolgt ist und das Gremium beschlussfähig ist.

Umwelt- und Planungsausschuss

Vorsitzender Rottbeck schließt sich der Begrüßung von Vorsitzendem Börger an und stellt für den Umwelt- und Planungsausschuss ebenfalls fest, dass die Einladung form- und fristgerecht erfolgt ist und das Gremium beschlussfähig ist.

zu 2 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

Wasserwirtschaftswegebau-Ausschuss / Umwelt- und Planungsausschuss

Bürgerinnen und Bürger waren nicht erschienen, so dass keine Fragen gestellt wurden.

**zu 3 Satzungsänderungsverfahren zur Einziehung eines unbefestigten
Wirtschaftsweges, Ergebnisse der Offenlegung und Vorbereitung des
Satzungsbeschlusses
Vorlage: V 2017/301**

Wasserwirtschaftswegebau-Ausschuss / Umwelt- und Planungsausschuss

Beschluss:

Der Umwelt- und Planungsausschuss stellt nach Abwägung privater, gemeinschaftlicher und öffentlicher Interessen fest, dass diese nicht beeinträchtigt sind. Daher empfiehlt er dem Rat der Stadt Borken das Wegegrundstück Gemarkung Weseke Flur 12 Flurstück 259 einzuziehen und die als Anlage beigefügte Satzung zu erlassen.
Die Satzung ist der Gemeindeaufsichtsbehörde zur Genehmigung vorzulegen.

Wasserwirtschaftswegebau-Ausschuss

Abstimmungsergebnis:

Annahme mit	19 Ja-Stimmen
	0 Nein-Stimmen
	0 Enthaltungen

Umwelt- und Planungsausschuss

Abstimmungsergebnis:

Annahme mit	19 Ja-Stimmen
	0 Nein-Stimmen
	0 Enthaltungen

**zu 4 Wirtschaftswegebau und -unterhaltung, Finanzierung 2018 ff.
Vorlage: V 2017/302**

Wasserwirtschaftswegebau-Ausschuss / Umwelt- und Planungsausschuss

Bürgermeisterin Schulze Hessing erläutert, dass die Grundsteuer A grundsätzlich keiner Zweckbindung unterliege sondern eine Einnahmeposition im kommunalen Haushalt darstelle. Die Einnahmen aus Steuern dienen insgesamt zur Finanzierung kommunaler Ausgaben. Lediglich hilfsweise habe man eine Berechnung beigefügt, die einen Ausblick auf eine Steuermehreinnahme im Falle einer Hebesatzerhöhung erlaube. Die Finanzierung der Wirtschaftswegeunterhaltung erfolge durch Bereitstellung von Haushaltsmitteln, denen im Rahmen der Gesamtdeckung des Haushaltes Einnahmen gegenüberstünden. Über die Verwendung und die Höhe der jeweiligen Haushaltsmittel müsse die Politik entscheiden.

Stv. Richter stellt fest, dass die verschiedenen in der Vorlage beschriebenen Finanzierungsansätze schwierig umzusetzen seien und immer zu Härtefällen führen könnten. Die CDU-Fraktion spreche sich gegen die Verbandslösung ebenso aus wie

gegen eine Veranlagung entsprechend den Regelungen des KAG. Als Beschlussvorschlag werde dem Rat der Stadt Borken empfohlen, weitere 50.000 Euro für dringliche Maßnahmen zur Straßensanierung im Außenbereich einzuplanen, die Grundsteuer A mit Wirkung zum 01.01.2019 um 40 Punkte anzuheben und die entstehende Deckungslücke aus dem erhöhten Steueraufkommen zu schließen.

Stve. Ebbing sieht die Erhöhung als sehr kritisch an. Mit den verfügbaren 300.000 Euro könne man gut die nächsten zwei Jahre auskommen. Die UWG-Fraktion stimme bei der aktuellen guten Haushaltslage keiner Grundsteuererhöhung zu.

Technischer Beigeordneter Kuhlmann merkt an, dass mit den 300.000 Euro nur etwa 6 km pro Jahr erneuert werden können und damit eine nachhaltige Unterhaltung des Wirtschaftswegenetzes so nicht möglich sei.

Bürgermeisterin Schulze Hessing fügt hinzu, dass von Anfang an klar gewesen sei, dass mehr Geld für Wirtschaftswege ausgeben werde müsse. Man habe sich darauf verständigt, ein Konzept zu erstellen und eine Bestandsanalyse durchzuführen. Nun sei der Punkt erreicht, an dem es darum gehe, eine nachhaltige und zukunftsfähige Wegeunterhaltung sicherzustellen. Die Betrachtung der Finanzierbarkeit sei hier von besonderer Bedeutung, zumal man eine Lösung anstrebe, die auch zukünftig Verlässlichkeit biete, damit nicht jedes Jahr neu geschaut werden müsse.

Stve. Ebbing gibt an, dass die aktuelle Finanzierung aus Sicht ihrer Fraktion ausreiche. Sie schlage vor, die im Zuge des Verfahrens aufgezeigten Einsparpotentiale z.B. durch die Privatisierung entbehrllicher Netzstrukturen zu realisieren und zwei Jahre abzuwarten und dann über die Frage der Finanzierung zu beraten. Das Netz sei nicht durchweg marode.

Bürgermeisterin Schulze Hessing erklärt, dass auch der Gutachter bestätigt habe, dass das kommunale Wirtschaftswegenetz durchaus in einem ordentlichen Zustand sei. Es gehe jedoch darum, auch für die Zukunft eine gute Unterhaltung sicherzustellen. In zwei Jahren sei keine andere Erkenntnis vorhanden als heute. Das Aufschieben der Finanzierungsfrage sei die schlechteste Lösung.

Technischer Beigeordneter Kuhlmann greift den Beschlussvorschlag von Stadtverordnetem Richter auf und signalisiert, dass man sich hierauf verständigen könne. Im interkommunalen Vergleich statte die Stadt Borken die Wirtschaftswege mit erheblichen Finanz- und Personalmitteln aus. Gerne könne über die einzelnen Vorschläge der CDU-Fraktion abgestimmt werden.

Stve. Martsch ist gegen eine Steuererhöhung. Die Stadt Borken sei immer gut damit gefahren die Steuersätze zu halten, egal ob es dem Haushalt gut oder schlecht gegangen sei. Sie befürworte die Beibehaltung der bisherigen Unterhaltungs- und Finanzierungspraxis.

Stv. Richter stellt fest, dass bauliche Maßnahmen Geld kosten und in diesem Zusammenhang auch die Finanzierung zu betrachten sei.

Stv. Niemeyer merkt an, dass die Wirtschaftswege von allen Bürgerinnen und Bürgern, zum Beispiel zum Rad fahren genutzt würden, daher sei auch die Finanzierung eine Aufgabe der Allgemeinheit. Ein Investitionsstau sei zu vermeiden.

Stve. Wingerter schlägt vor, dass vom Bauhof eine Berichterstattung erfolge, wie viele Wege zu sanieren seien und was das kosten werde, damit 2019 geschaut werden

könne, in welchem Maße zusätzliche Einnahmen z.B. über eine Anhebung der Grundsteuer, zu generieren seien.

Bürgermeisterin Schulze Hessing erläutert, dass genau diese Vorgehensweise bereits seit Jahren praktiziert werde. Das seitens des Bauhofs jährlich erarbeitete Maßnahmenpaket berücksichtige das im Haushaltsplan enthaltene Budget und werde dem WWBA als Bauprogramm vorgeschlagen. Diese Vorgehensweise, insbesondere die zeitige Planung zu Beginn des Jahres führe zu sehr wirtschaftlichen Ergebnissen bei der Ausschreibung der Maßnahmen. Es werde genau geprüft, welcher Weg saniert werden müsse. Ein grundsätzliches Instandhaltungskonzept sei zu erstellen. Der Bauhof müsse planen können, wie viel km pro Jahr saniert werden könnten. In 20 Jahren müssten die Wege auch in einem guten Zustand sein.

Stv. Lansmann möchte wissen, wie die landwirtschaftlichen Vertreter die Situation einschätzen.

Erster Beigeordneter Nießing gibt an, dass es bei der Winterversammlung in Weseke keine Stimmung gegen die Grundsteuer A gegeben habe. Es herrsche eine breite Akzeptanz für das Modell.

Verwaltungsmitarbeiterin Mertens fügt hinzu, dass bei der Winterversammlung bei Starke, das Grundsteuer A Modell ohne weitere Kommentierung zur Kenntnis genommen worden sei.

Vorsitzender Börger teilt mit, dass es in vielen Gesprächen mit Landwirten kaum Widerspruch gegeben habe. Das Modell werde im Außenbereich akzeptiert.

Bürgermeisterin Schulze Hessing verweist ergänzend darauf, dass für den Breitbandausbau im Außenbereich Fördermittel beantragt werden. Hier sei zu beachten, dass bei einer Förderquote von 90% immerhin noch 10 % seitens der Stadt Borken zu finanzieren seien. Dieses entspreche einem Volumen von etwa 1 Mio. Euro, welches konkret dem Außenbereich zufließe. Auch hier erfolge eine Deckung über den allgemeinen Haushalt, der durch Steuereinnahmen gespeist werde.

Stv. Kindermann merkt an, dass irgendwann die Wirtschaftswege hinsichtlich ihrer Belastbarkeit an ihre Grenzen kämen, da die Maschinen immer größer und schwerer werden. Das Kritische sei der Begegnungsverkehr, wenn die Maschinen auf die Bankette ausweichen müssen. In anderen Gemeinden seien Ausweichbuchten vorhanden, damit mit dem Begegnungsverkehr besser umgegangen werden könne. Diesbezüglich müsse etwas gemacht werden.

Technischer Beigeordneter Kuhlmann stellt fest, dass das Ausweichen beim Begegnungsverkehr auf die Bankette bei PKW's unproblematisch sei im Gegensatz zu LWK's. Im Bereich Sternbusch habe man Ausweichbuchten angelegt, müsse jedoch erkennen, dass diese im Begegnungsfall fast immer an der falschen Stelle lägen und dann im vor- und nachgelagerten Bankettbereich erheblicher Unterhaltungsaufwand durch den Bauhof betrieben werden müsse. Zudem müsse in jedem Einzelfall auch die Flächenverfügbarkeit geprüft werden.

Vorsitzender Börger verweist auf die neue Düngeverordnung und führt aus, dass aufgrund dieser Regelungen mit einer deutlichen Zunahme von schweren Spezialfahrzeugen zu rechnen sei, die überbetrieblich von Lohnunternehmen eingesetzt werden.

Stv. Kindermann teilt mit, dass seine Fraktion mit den weiteren 50.000 Euro für Splittersiedlungen und einer Erhöhung der Grundsteuer A in zwei Jahren um 40 Punkte einverstanden sei.

Stv. Gantefort gibt an, dass er selbst im Außenbereich wohne. Mit dem bisherigen Ansatz von 300.000 Euro werde man nicht weit kommen. Für eine nachhaltige Unterhaltung werde mehr Geld benötigt. Die Landwirte sähen diese Notwendigkeit und seien damit einverstanden und wollen das nun auch etwas passiere, dass die Wege in Ordnung bleiben.

Sachk. Bürger Schäpers weist darauf hin, dass bei der Ortsverbandsversammlung der Landwirte keine Abstimmung erfolgt sei. Dem Interesse am Breitbandausbau sei geschuldet, dass es keinen Widerspruch gegeben habe.

Technischer Beigeordneter Kuhlmann erklärt, dass Straßensanierungen im Innenbereich im Wege der KAG-Veranlagung mit den Anliegern abgerechnet werden. Es müsse ein gerechter Weg gefunden werden, wonach auch die Anlieger im Außenbereich zum Haushaltsausgleich herangezogen werden.

Erster Beigeordneter Nießing erläutert, dass keine Abstimmung bei der Ortsverbandsversammlung stattgefunden habe, dass aber nach Vorstellung des Modells keine Gegenstimme vorhanden gewesen sei.

Bürgermeisterin Schulze Hessing ergänzt, dass sie in Gesprächen mit Interessenvertretern der Landwirtschaft eine klare Tendenz wahrgenommen habe, dass etwas gemacht werden müsse. Das Thema müsse abgeschlossen werden, um auf Jahre Ruhe zu haben.

Stve. Martsch ist der Meinung, dass die Finanzierung von Wirtschaftswegen in den allgemeinen Haushalt gehöre und befürwortet somit keine Erhöhung der Steuern.

Über den Beschlussvorschlag von Stv. Richter lassen die jeweiligen Ausschussvorsitzenden getrennt abstimmen.

Beschluss:

Der Wasserwirtschaftswegebau-Ausschuss / Umwelt- und Planungsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

1. Die Erhebung von Straßenbaubeiträgen im Außenbereich nach dem „Verbandsmodell“ oder gem. Kommunalabgabengesetz – KAG wird nicht weiter verfolgt und abgelehnt.
2. Für den Haushalt 2018 sind für dringliche Maßnahmen zur Straßensanierung im Außenbereich – Wirtschaftswegen, vorrangig in Splittersiedlungen, weitere 50.000 Euro einzuplanen.
3. Die Grundsteuer A soll mit Wirkung vom 01.01.2019 um 40 Punkte angehoben werden.
4. Ab 2019 sollen rund 110.000 Euro für die Wirtschaftswegen erhöhend eingeplant werden. Die Deckungslücke ist aus dem Steueraufkommen zu schließen.

Wasserwirtschaftswegebau-Ausschuss
Abstimmungsergebnis:

zu 1.: Annahme mit 19 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

zu 2.: Annahme mit 19 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

zu 3.: Annahme mit 15 Ja-Stimmen
4 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

zu 4.: Annahme mit 13 Ja-Stimmen
3 Nein-Stimmen
3 Enthaltungen

Umwelt- und Planungsausschuss
Abstimmungsergebnis:

zu 1.: Annahme mit 19 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

zu 2.: Annahme mit 19 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

zu 3.: Annahme mit 16 Ja-Stimmen
3 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

zu 4.: Annahme mit 13 Ja-Stimmen
4 Nein-Stimmen
2 Enthaltungen

zu 5 Mitteilungen der Verwaltung

Wasserwirtschaftswegebau-Ausschuss
- keine Mitteilungen -

Umwelt- und Planungsausschuss
SPD Antrag über innerstädtische Mülleimer

Technischer Beigeordneter Kuhlmann gibt an, dass das Problem mit den Staren und die damit verbundene Kotproblematik im Jahr 2017 deutlich zurück gegangen sei. Die Maßnahmen gegen Stare wirken. Dohlen und Tauben seien aber weiterhin vorhanden. Ein vollkommener Verschluss eines Mülleimers erfolge durch eine Mechanik welche schnell verschlissen könne oder sogar komplett ausfallen könne. Die Mülleimer werden weiterhin vier mal die Woche geleert und bei größeren Veranstaltungen werde der Entleerungsprozess erhöht. 2017 sei ein deutlich geringeres Vogel Problem als 2016.

zu 6 Anfragen an die Verwaltung

Wasserwirtschaftswegebau-Ausschuss

- keine Anfragen -

Umwelt- und Planungsausschuss

- keine Anfragen -

gez.
Hubert Börger / Paul Rottbeck
Ausschussvorsitzende

gez.
Maria Mertens / Matthias Kaß
Schriftführer